

Antrag auf Verlängerung des Aufenthaltstitels

Einzureichen bei:
Migrationsamt
Stresemannstr. 48, 28207 Bremen

Persönliche Angaben

Familienname Chowdhury	Geburtsort Bangladesh	Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input checked="" type="checkbox"/> männlich
Vorname Priontu	Staatsangehörigkeit Bangladeshi	Geburtsdatum 21.08.1996
Familienstand <input checked="" type="checkbox"/> Ledig <input type="checkbox"/> Verheiratet <input type="checkbox"/> Eingetragene Lebensgemeinschaft <input type="checkbox"/> Verwitwet <input type="checkbox"/> Geschieden <input type="checkbox"/> Getrennt lebend		Seit
(Ggfs. Name Ehepartner_in/ Lebenspartner_in)		
Wohnsitz in Deutschland		
Postleitzahl 28757	Ort Bremen	Straße und Hausnummer Jaburgstrasse 36A
Körpergröße (in Meter) 1.7	Augenfarbe Black	
Telefon* +49 175 442 5136	E-Mail* priontuchowdhury@gmail.com	

Lebensunterhaltssicherung

<input type="checkbox"/> Einkommen aus Erwerbstätigkeit	Erwerbstätig als:	
<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld / Sozialhilfe	<input type="checkbox"/> Rente	<input type="checkbox"/> durch Familienangehörige
<input type="checkbox"/> Auf andere Weise	Ggf. genauere Beschreibung	
<input type="checkbox"/> Schulbesuch <input checked="" type="checkbox"/> Studium <input type="checkbox"/> Ausbildung	Name der Ausbildungsstätte	

Bemerkungen (ggf. Rückseite benutzen)

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig gemacht zu haben.

Bremen, den



Unterschrift

* Freiwillige Angaben

Datenschutz: Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung benötigt. Ihre Erhebung erfolgt gemäß § 86 des Aufenthaltsgesetzes. Die Daten werden im Migrationsamt in Akten, sowie in einer Datei gespeichert. Außerdem werden sie dem Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt übermittelt.

Wichtige Hinweise:

Wir haben Sie darauf hinzuweisen, dass:

- falsche Angaben den Entzug des Aufenthaltstitels zur Folge haben können und eine Ordnungswidrigkeit oder Straftat darstellen können, sowie gem. § 54 Abs. 2 Nr. 8 Aufenthaltsgesetz ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse begründen können.
- Antragstellerinnen und Antragsteller nach dem Aufenthaltsgesetz verpflichtet sind, ihre Belange und für sie günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über ihre persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen und Erlaubnisse, sowie sonstige erforderliche Nachweise, die sie erbringen können, unverzüglich beizubringen,
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.